

Heute

Zusammenarbeit Klimastiftungen ziehen Bilanz bei Besichtigungen

Die Beiräte der Klimastiftung Schweiz besuchen anlässlich des 3-Jahr-Jubiläums der Zusammenarbeit mit der LIFE Klimastiftung Liechtenstein drei heimische Unternehmen. Nach dem Holzheizwerk in Balzers gibt es für die Teilnehmer ein Mittagessen in Vaduz, bevor am Nachmittag die BVD Druckerei und der Milchhof in Schaan besichtigt werden.

www.volksblatt.li

Konjunktur

US-Wirtschaft lief besser als gedacht

WASHINGTON Die US-Wirtschaft ist im ersten Quartal deutlich weniger geschrumpft als bisher geschätzt. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) sank mit einer auf das Jahr hochgerechneten Rate von 0,2 Prozent, wie das Handelsministerium am Mittwoch nach endgültigen Berechnungen mitteilte. Zuvor hatten die Statistiker den Rückgang noch mit 0,7 Prozent beziffert. Ökonomen hatten mit minus 0,2 Prozent gerechnet. (sda/reu)

Niedrigzinsphase

OECD warnt vor Insolvenz von Versicherern

PARIS Die anhaltende Niedrigzinspolitik birgt nach Ansicht der OECD für Rentenfonds und Versicherungen längerfristige Risiken. Die Renditeversprechen aus Zeiten mit hohen Zinsen könnten Versicherer nur dann einhalten, wenn sie auf ertragsstarke Anlagen ausweichen, erklärte die Industriestaaten-Gruppe. «Damit verbunden sind höhere Risiken bis hin zur Insolvenz einzelner Unternehmen», teilte die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) mit. Bis 2019 werden Rentenfonds in der OECD dem Bericht zufolge um gut ein Viertel wachsen - von 28,4 im Vorjahr auf 35,8 Billionen Dollar. (sda/reu)

Erster I&F Family Wealth Preservation Award verliehen

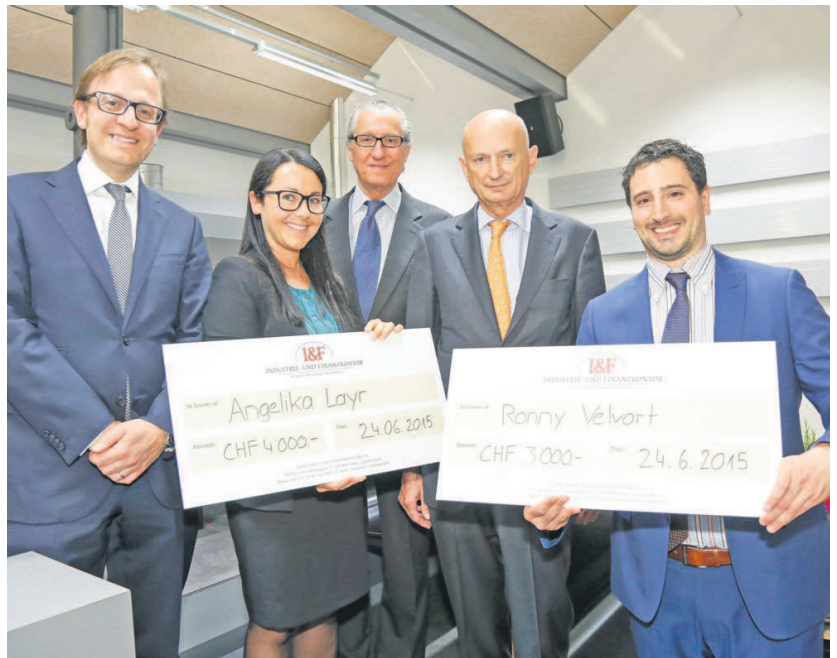
Preisträger Angelika Layr und Ronny Velvart wurden gestern an der Universität Liechtenstein für ihre Arbeiten ausgezeichnet, die sich mit den komplexen Anforderungen an einen langfristigen Vermögenserhalt auseinandergesetzt haben.

VON HARTMUT NEUHAUS

Der Vermögenserhalt von Familien über Generationen hinweg ist vor allem in der heutigen Zeit eine echte Herausforderung. Wenn zum Beispiel ein Grossunternehmer, dessen Firma in mehreren Ländern tätig ist, der über ein grosses Vermögen in Form von Liegenschaften und Aktienendpots verfügt, der zudem noch eine grössere Kunstsammlung besitzt, verheiratet ist und mehrere Kinder und Enkel hat, sein Vermögen sichern und den Fortbestand der Unternehmung gewährleisten wollen, benötigt er einen Treuhänder, der sich mit der Materie der «Family Wealth Preservation» bestens auskennt. Das renommierte Treuhandunternehmen Industrie- und Finanzkontor (I&F) in Vaduz beschäftigt sich genau mit solchen Problemen und bietet individuelle Lösungen an. «Vermögen, egal ob gross oder klein, sind seit jeher bedroht», betonte Prinz Michael, Chairman der I&F, in seinen einführenden Worten. Gerade aktuell würden wir etliche Beispiele an Risiken und Gefahren erleben. Weltweit politische Unruhen, wirtschaftliche und staatliche Zwangsmassnahmen wie mehrfach ins Feld geführte Vermögenssteuern, Negativzinsen, Harmonisierungsbestrebungen auf globaler Ebene oder die Bemühungen, Bargeld abzuschaffen, würden über kurz oder lang einen Vermögensbestand beeinflussen. Auch innerfamiliäre Risiken wie Scheidungen, Streitigkeiten, Verschwendungssucht usw. wirken sich negativ auf Vermögen aus. Wer einem einmal aufgebauten Vermögen Sorge tragen wolle, so Prinz Michael weiter, der tue gut daran, sich frühzeitig mit den Risiken und Gefahren auseinanderzusetzen. Dies entspreche dem Sinn der «Wealth Preservation».

Einmalige Chance

Mit dem I&F Family Wealth Preservation Award hat das Treuhandunternehmen I&F in Kooperation mit der Universität Liechtenstein eine Initiative in Form eines Wettbewerbes gestartet, mit der das Bewusst-



Die Gewinner Angelika Layr (zweite von links) und Ronny Velvart (rechts) freuen sich über ihren Gewinn mit Francesco Schurr (Lehrstuhlinhaber), Graf Francis von Seilern-Aspang (CEO I&F) und Prinz Michael (von links). (Foto: Nils Vollmar)

sein für die Bedeutung von Vermögen und Werten geschärft und das Verständnis für eine treuhänderische Tätigkeit gestärkt werden soll. Mehrere Studierende des Studienganges Executive Master of Laws (LL.M.) im Gesellschafts-, Stiftungs- und Trustrecht haben an diesem Wettbewerb teilgenommen und sich mit einer von der I&F entwickelten Aufgabenstellung aus dem Bereich Wealth Preservation auseinandergesetzt. Francesco Schurr, Inhaber des Lehrstuhls für Gesellschafts-, Stiftungs- und Trustrecht an der Universität Liechtenstein, freute sich, dass die Studierenden die einmalige Chance hatten, sich mit ei-

ner aus dem Leben gegriffenen Case Study zu beschäftigen. Graf Francis von Seilern-Aspang, CEO der I&F, stellte anschliessend das Szenario vor, welches bearbeitet werden musste und das als Ausgangslage für die Case Study diente.

Zwei Preisträger, zwei Lösungen

Die Juroren wählten die zwei besten Lösungsvorschläge aus. Angelika Layr aus Dornbirn wurde mit dem ersten Rang des I&F Family Wealth Preservation Award ausgezeichnet.

Der Preis ist mit 4000 Franken dotiert. Der zweite Rang ging an Ronny Velvart aus Zürich (3000 Franken). Die Preisträger stellten ihre Arbeiten kurz vor und standen anschliessend für Fragen aus dem Publikum zur Verfügung. In ihren Arbeiten zeigten beide Preisträger mit verschiedenen Lösungsansätzen auf, wie das Vermögen mittels Rechtsinstrumenten wie Stiftungen und Trusts über Generationen hinweg geschützt und die Nachfolge geregelt werden kann.

«Vermögen, egal ob gross oder klein, sind seit jeher bedroht.»

PRINZ MICHAEL
CHAIRMAN DER I&F

Europa scheint sich einem neuen Finanzierungspaket für Griechenland anzunähern. Nicht ganz überraschend fand der entscheidende Durchbruch in letzter Minute statt. Athen hat nachgegeben, aber auch wichtige Zugeständnisse erhalten: Die Reformen sollen sozial verträglicher gestaltet werden und es besteht die Aussicht auf einen Schuldenerlass. Damit wurde erneut ein wachstumsfreundliches Signal gesetzt. Das Primat der Sparpolitik bleibt weiter auf dem Rückzug. Im Schuldenstreit mit Griechenland bahnt sich endlich eine Einigung an. Der aus verschiedensten Quellen hervorquellende politische Lärm verwirrt und vernebelt die Sicht, ebenso wie der Hang vieler Analysten und Medien, aus allem ein Drama zu machen. Trotzdem zeichnet sich ab: Der mögliche Deal dürfte zwar als griechische «Kapitulation» dargestellt werden, in Wahrheit haben die Gläubiger aber wichtige Zugeständnisse gemacht: Sah das Programm vom Juni bis 2018 Primärüberschüsse von insgesamt mehr als 16 Prozent des Bruttoinlandsprodukts vor, so sind es im

Marktkommentar

Erstmals Einigung mit Griechenland in Sicht



MIKIO KUMADA
GLOBAL STRATEGIST BEI
LGT CAPITAL PARTNERS

neuen Plan nur mehr 9,5%. Auch andere Elemente wurden aufgeweicht - im Einklang mit der Überkumult im Februar, als Athen ein grösseres Mitspracherecht zugesprochen wurde. Schon im Vorfeld gab es eine gewisse stille Anerkennung der Athener Kernposition, dass man bisher zu

stark auf hartes Sparen gesetzt hatte, was den Reformprozess letztlich nur erschwerte (eine interessante Diskussion und einen Überblick der bisherigen griechischen Reformen bieten z. B. Prof. Karl Whelan von der Universität Dublin; hier). Gleichzeitig hatte sich die linksorientierte Regierung in Athen von Anfang an für «permanente» Primärüberschüsse ausgesprochen, was sowohl den Ideen des Keynesianismus als auch den eigenen Wahlkampfpapieren vom «Ende der Sparpolitik» widerspricht. So gesehen war es nur eine Frage der Zeit bis zum Kompromiss - besonders unter der Berücksichtigung aller anderen Faktoren, die beide Seiten dazu drängen.

Was wird folgen?

Doch was kommt als Nächstes? Die übergeordnete Botschaft lautet vielleicht: So mühsam es ist, Europas Institutionen sind selbst in schwierigen Situationen in der Lage, die verschiedenen nationalen Interessen und Kulturen auf einen Nenner zu bringen und den Ausgleich zu schaffen. Nur so wird die Europäische Union und ihre Währung auf Dauer bestehen bleiben (allenfalls,

wenn auch unwahrscheinlich, ohne Grossbritannien). Konkret dürfte es in den kommenden Monaten jedenfalls wie folgt weitergehen:

- Das revidierte Rettungspaket wird in irgendeiner Form verlängert und von einem dritten Programm abgelöst. Letzteres wird kleiner und vor allem realistischer ausgerichtet sein als die bisherigen. In diesem Zusammenhang ist interessant, dass Finnlands Finanzminister Alexander Stubb kürzlich gegenüber dem BBC erwähnte, im laufenden Paket befänden sich schätzungsweise noch etwa 33 Mrd. Euro, was den politischen Zustimmungsprozess in den Geberländern erleichtere.
- Europa wird einen Weg finden, die demnächst fälligen griechischen Verbindlichkeiten gegenüber dem Internationalen Währungsfonds und der Europäischen Zentralbank indirekt über Athen oder direkt über den Europäischen Stabilitätsfonds zu tilgen. Hierfür könnten die im griechischen Bankrettungsfonds übrig gebliebenen 10,9 Mrd. Euro oder die EZB-Profiten aus den griechischen Anleihenkäufen eingesetzt werden. Oder die EZB könnte Athen einfach erlauben, sich mehr kurz-

fristiges Geld von den eigenen Banken auszuleihen. An den Mitteln und Methoden der Liquiditätsbeschaffung mangelt es jedenfalls nicht.

- Mit einem Abkommen und frühstens nach der Tilgung der von der EZB gehaltenen Anleihen im Juli könnte Griechenland zudem auch an der «quantitativen Lockerung» der EZB teilnehmen, was das wichtigste «Reflationssignal» darstellen würde.

Unter diesen Bedingungen hätte Griechenland auch eine Chance, in naher Zukunft zum nominalen Wirtschaftswachstum zurückzufinden - und damit zur Fähigkeit, seine Schulden tatsächlich irgendwann wieder selbst tragen zu können. Gewiss würde auch die Alternative des Euroaustritts das nominale Wachstum beleben - nur wäre diese Option kurzfristig mit extremen Turbulenzen für Hellas und längerfristig mit zusätzlichen wirtschaftlichen und geopolitischen Risiken für Europa verbunden.

Das «Volksblatt» gibt Gastkommentatoren Raum, ihre persönliche Meinung zu äussern. Diese muss nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen.